



DER GRÜNE SAARLOUISER KURIER

Aus

... des Glückes Unterpfand ...

Liebe Saarlouiserinnen und Saarlouiser,

seit mehreren Jahren erleben wir europaweit das Erstarken von rechten und nationalistischen Parteien. Auch in Deutschland und auch bei uns im Saarland versuchen rechtspopulistische Parteien die Unzufriedenheit von Menschen zu instrumentalisieren. Sie tragen Wut und Intoleranz in die Parlamente. Sie legen Hand an die Werte auf denen unser Zusammenleben beruht.

Die Hilfsbereitschaft vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger gegenüber Flüchtlingen wurde und wird diskreditiert, Toleranz und Offenheit als Schwäche gebrandmarkt, die Erinnerungskultur an die Schrecken der Nazi-Herrschaft wird verspottet.

In den sozialen Netzwerken werden Kritiker verunglimpft und an den Pranger gestellt. Das Geschäft der Rechtspopulisten folgt altbekannten Mustern: Sündenböcke für alle

möglichen Probleme suchen, Menschen gegeneinander aufhetzen, Andersdenkende ausgrenzen, den Zusammenhalt aufbrechen, die Gesellschaft auseinanderreiben. Hass statt Humanität und Nächstenliebe, Gewalt statt Schutz von Schwächeren.

Saarlouis als Stadt in der Rassismus, dumpfe Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung salonfähig werden? Autoritäre Wutpolitik statt freier und rechtsstaatlicher Demokratie?

Das wollen wir nicht. Wir wollen ein weltoffenes, tolerantes und demokratisches Saarlouis. Wir wollen in unserer Stadt den Zusammenhalt stärken, das Miteinander, den Respekt und die Offenheit.

Seit seiner Gründung im Jahre 1680 hat Saarlouis Menschen vieler Nationalitäten integriert. Es hat ihnen Heimat gegeben und mit ihnen unsere Stadt weiterentwickelt. Das war nie einfach, aber es hat uns stark und selbstbewusst gemacht.

Wir Saarlouiser sind Europäerinnen und Europäer im besten Sinne des Wortes. Wir sind stolz auf diese Integrationsleistung. Sie gehört zu unserer Geschichte. Sie ist Teil unserer Identität.

Und wir sind stolz auf die vielen Saarlouiserinnen und Saarlouiser die in den vergangenen Jahren Geflüchteten geholfen haben.

In diesem Jahr wird unser Grundgesetz 70 Jahre alt. Es beginnt mit dem Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Davon wollen wir uns leiten lassen. Und von dem Glück das nur entstehen kann, wenn wir einig, gerecht und frei sind. **Denn das ist des Glückes Unterpfand.**

Deshalb:

Wählen Sie demokratisch. Setzen Sie ein Zeichen. Wählen Sie am 26. Mai 2019 das tolerante und selbstbewusste Saarlouis.



Herzliche Grüße

G. Mahren

Ihr Gabriel Mahren
Saarlouis, April 2019

Mahren





Grüne fordern ein

für Saarlouis

Die Smart City kommt – aber ist sie auch demokratisch?

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft schreitet voran. Sie wird auch die Städte und Gemeinden erfassen. Nicht nur die Verwaltung wird zukünftig digitaler werden. Die Nutzbarmachung digitaler Technologien wird viele Bereiche unseres Alltags verändern. Auch Saarlouis wird im Laufe der nächsten Jahre zur Smart City werden. Die Digitalisierung wird dabei viel Positives mit sich bringen. Denken wir beispielsweise an neue Formen der Bürgerbeteiligung, der Gesundheitsversorgung oder aber an moderne Möglichkeiten im Bereich der Mobilität wie bspw. das digital basierte Carsharing oder digitale Parkleitsysteme. Die Digitalisierung wird auch im Bereich der Energiewirtschaft Verbesserungen bringen, wenn intelligente Energienetze die Energieverbräuche senken können. Im Bereich des Einzelhandels können Plattformen zur Attraktivitätssteigerung beitragen, wenn sich beispielsweise der Saarlouiser Handel gemeinsam mit den Aktivitäten der Stadtverwaltung im Netz präsentieren kann.

Die Digitalisierung wirft aber auch Fragen auf.

Besonders für die Politik. Wie können wir alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Entwicklungsprozess mitnehmen? Wie schaffen wir die Voraussetzung für digitale Bildung in unserer Stadt? Und nicht zuletzt müssen wir Antworten auf eine der wichtigsten Fragen finden: Wer hat Zugriff auf die großen anfallenden Datenmengen? Welche Rolle spielen Sicherheit und der Schutz der Persönlichkeitsrechte?

Digitalisierung braucht Akzeptanz, Sicherheit, Wissen, kritische Vernunft und auch demokratische Kontrolle. Dementsprechend wollen wir die Digitalisierung unserer Stadt nicht als einen unkontrollierten Prozess ablaufen lassen. Rat und Verwaltung von Saarlouis sind gefordert, den technologischen Wandel im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu steuern und zu begleiten.

Deshalb fordern wir als Grüne ein Digitalisierungsforum in dem sämtliche Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Leitlinien für die Digitalisierung unserer Stadt erarbeiten. Die Entwicklung der Smart City muss ein demokratischer Prozess werden. Dafür wollen wir uns in den kommenden Jahren einsetzen.

Moderne Grundsteuer

Umweltbewusstsein soll belohnt werden

Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequelle der Stadt Saarlouis. Ein großer Teil des städtischen Haushaltes wird durch sie abgedeckt. Geld, das unsere Stadt dringend für die Finanzierung von Schulen, Kitas oder Verkehrsinfrastruktur benötigt.



Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2018 die bisherige Berechnung der Grundsteuer als nicht verfassungskonform erklärt und eine Reform bis Ende 2019 verlangt. Das Urteil ist keine Überraschung und eine Klatsche für die große Koalition. Jahrelang wurde eine Reform verschlafen, ja sogar ausgesessen. Jetzt streitet sich die Große Koalition um die Neuregelung.

Das Problem ist die praktische Umsetzung der Berechnung. Die bisherige Berechnungsgrundlage wurde nach dem Einheitswert aus dem Jahr 1964 vollzogen. Das führt zu Ungerechtigkeiten, da Neubauten oder umgebaute Altbauten nicht gut mit dem Wert von 1964 verglichen werden können. Auch in Saarlouis haben sich die Grundstückswerte unterschiedlich entwickelt. Wir brauchen deshalb ein gerechtes Berechnungssystem.

Dabei wäre die Grundsteuer auch ein geeignetes Instrument um umweltgerechtes Bauen oder die ökologische Gestaltung von Grundstücken und Gärten zu belohnen. Beispielsweise könnte man umweltbewussten Hauslebauern oder Grundstücksbesitzern mit einem gesenkten Hebesatz entgegenkommen. Wer Flächen entsiegelt oder gar nicht erst versiegelt, wer sein Grundstück zur Streuobst- oder Blühwiese macht, wer seinen „Steingarten“ zurückbaut um ihn ökologisch attraktiv zu gestalten, sollte nach vorheriger Prüfung durch die Verwaltung belohnt werden. Zumindest für einen angemessenen Zeitraum. Wir wollen viele neue Wege gehen, um den zunehmenden Verlust der Biodiversität in Saarlouis zu bremsen und sichtbare Zeichen für ein ökologisches Umdenken setzen.



Bäume oder Fahrradwege?
So speist die Landespolitik die Saarlouiser Radfahrer ab.

Saarlouis fällt in Sachen Fahrradwege weiter zurück. Dabei steigen immer mehr Jüngere und auch Ältere aufs Rad. Das Problem sind die Anti-Fahrradpolitik der Saarlouiser Ortpolizeibehörde und die Arroganz des Landesbetriebs für Straßenbau. Die müssten eigentlich an vielen Stellen aktiv werden. Tun sie aber nicht.



Saarlouiser Alltag: Brenzlige Situationen durch zugestellte Fahrradwege.

Radlos?

Wie Saarlouiser Ortpolizei und Saarländisches Verkehrsministerium eine alltagstaugliche Fahrradinfrastruktur verhindern.

Scheinbar liest auch der Saarlouiser Oberbürgermeister unsere Zeitung, denn kürzlich schickte er einige Mitarbeiter der Stadtplanung zum „1. Saarländischen Fahrradgipfel“ nach Saarbrücken. Ein Gipfel des SPD-geführten Wirtschaftsministeriums (gleichzeitig auch Verkehrsministerium), der wirklich der Gipfel war. Statt innovative Verkehrskonzepte und Lösungsvorschläge mit den Alltagsradlern auszuarbeiten, wurden den Teilnehmern finanzielle Fördermöglichkeiten für die Kommunen vorgestellt. Fakten die ohnehin jederzeit von jedem im Internet abgerufen werden können. Konkrete Umsetzungspläne oder innovative Ideen? Fehlanzeige! Der Radgipfel war dann, wie die Saarbrücker Zeitung richtig geschrieben hat, eine Dienstbesprechung und kein Austausch mit den Alltagsradlern. Hornberg lässt grüßen!

HÖHEPUNKT DER UNFÄHIGKEIT: BÄUME ODER FAHRRADWEGE?

Kein Wunder, dass es den Alltagsradlern langsam zu bunt wird. Nicht umsonst sind im letzten Mai fast 200 Radlerinnen und Radler dem Aufruf des „Radelkollektives Saarlouis“ gefolgt und haben in der Stadt lautstark gegen die unzureichende Radverkehrsinfrastruktur demonstriert. Es wird nicht die letzte gewesen sein. Denn da gibt es Eltern, die ihr Kind nicht mit dem Rad zur Schule schicken wollen, weil vor allem vor den Schulen keine oder keine sicheren Radwege vorhanden sind. Berufspendler und Alltagsradler, denen die sichere Anbindung von den einzelnen Stadtteilen in die Innenstadt fehlt.

Radtouristen finden oft aufgrund der schlechten Ausschilderung überhaupt nicht den richtigen Weg zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt. Und wenn man dann doch mal sein Ziel in der Stadt erreicht hat, fehlt es vor allem an sicheren Abstellmöglichkeiten. Ein weiteres Problem sind die ständig zugeparkten Radwege. Die zuständige Ortpolizeibehörde (Chef OB Demmer) – dem Stadtrat gegenüber nicht weisungsgebunden – macht so gut wie nichts dagegen. Gleiches gilt für den Landesbetrieb für Straßenwesen, der für die meisten Durchgangsstraßen in Saarlouis zuständig ist. Höhepunkt der Unfähigkeit: In der Wallerfangerstraße wollte er zur Schaffung eines ordentlichen Fahrradweges die Baumallee abholzen.

SAARLOUIS IST AUF DEM STAND DER 70ER JAHRE – DAS PROBLEM SIND ORTPOLIZEIBEHÖRDE UND LANDESBETRIEB FÜR STRASSENBAU



Alltagsradler Gerald Purucker



Leider nur ein Einzelbeispiel: Einbahnstraße für Fahrradgegenverkehr geöffnet.

Fahrradwegbau unzählige Male von der Grünen-Fraktion im Rat angemahnt und gefordert, muss stets durch den Genehmigungsfilter der Ortpolizeibehörde laufen. Die genehmigt zwar gerne superautogerechte Kreuzungen wie am Globus Baumarkt. Radfahrer kommen in solchen Planungen nicht vor. Auch dass Kinder auf ihrem Schulweg in brenzlige Situationen geraten können fällt offenbar nicht ins Gewicht. Scheinbares Motto: Wo kein Fahrradweg – da gibt's auch keine Gefahr! Und wo es keine Gefahrenpunkte gibt, da gibt's auch keinen Handlungsbedarf. Städte wie Dillingen und Saarbrücken können da anderes vorzeigen. Dort hat man schon länger die Zeichen der Zeit erkannt und Fahrradfahrer als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer akzeptiert. Saarlouis ist dagegen auf dem Stand der 1970er Jahre stehen geblieben nur mit dem Autoverkehr von 2019.

POLITISCHES TRITTBRETTFAHREN ALS TEIL DER MOBILITÄTSWENDE?

Regelmäßig vor Wahlen beginnen andere Parteien Grüne - Verkehrskonzepte und Forderungen zum Radverkehr zu kopieren und kündigen Untersuchungen und Gipfel zur umweltfreundlichen Mobilität an. „Offenbar begreifen einige das politische Trittbrettfahren als Teil der Mobilitätswende!“ spottet Gerald Purucker, Grüner Stadtratskandidat und Alltagsradler über die gängige Wählertäuschung. „Schöne Fotos mit radelnden Kommunalpolitikern – das macht sich gut, bringt aber nichts!“

Wie war das noch? Mit dem Freibad im Stadtgarten?

Viele
Saarlouiser
trauern
ihm
noch
immer
nach!



Im Jahr 2005 hatte die große Koalition im Stadtrat das Freibad im Stadtgarten Saarlouis geschlossen. Das wollten die Bürgerinnen und Bürger verständlicherweise nicht hinnehmen, und so entstand ziemlich bald eine Initiative zum Erhalt des Bades unter Führung von Wolfgang Schmitt.

Der Verein, der sich aus der Initiative entwickelte, strebte eine Volksabstimmung über den Erhalt des Freibades an. Gemeinsam mit den Grünen gelang es ihm, fast 10.000 Unterschriften von Saarlouiser Bürgerinnen und Bürgern zu sammeln. Dennoch weigerte sich die große Koalition beharrlich, die Volksabstimmung durchzuführen – angeblich aus formalen Gründen.

Das wollte der Verein so nicht hinnehmen und reichte vor dem Verwaltungsgericht Klage gegen diese Entscheidung ein. In erster Instanz erhielt er zunächst Recht. Allerdings stoppte das Oberverwaltungsgericht in zweiter Instanz das Vorhaben.

Es kam also so, wie es die große Koalition geplant hatte: Auf Anweisung des Oberbürgermeisters wurde das Schwimmbad nach der Gerichtsentscheidung abgerissen – um Fakten zu schaffen vor der anstehenden Kommunalwahl.

Damit schien das Thema vom Tisch zu sein. Zunächst jedenfalls. Denn in der Folge machten die Grünen das Schwimmbad zu ihrem zentralen Wahlkampfthema im Kommunalwahlkampf des Jahres 2009. Und das mit Erfolg. Die Grünen Saarlouis erzielten 14,7 Prozent und vereinbarten eine Koalition mit CDU und FDP im Stadtrat. Eine zentrale Bedingung seitens der Grünen für das Zustandekommen der Koalition war ein Neubau des Schwimmbades.

Dafür wurden rund drei Millionen Euro in den Stadthaushalt für den Neubau eingestellt. Dem Vorhaben stand eigentlich nichts mehr im Wege.

Im Januar 2011 beendete allerdings Annegret Kramp-Karrenbauer die Jamaika-Koalition auf Landesebene. Zwar hatte das keinen direkten Einfluss auf die Zusammenarbeit von CDU und Grünen in Saarlouis. Für die Pläne der Grünen hatte es aber einen problematischen Neben-effekt.

Das für den Denkmalschutz zuständige Ministerium ging nämlich von den Grünen in die Hand der SPD über. Und ab diesem Zeitpunkt fuhr der Denkmalschutz einen harten Kurs gegen den Neubau des Freibades. Er untersagte der Stadt Saarlouis den Neubau am alten Standort mit der Begründung, dass das Vorhaben wegen der alten Festungsanlagen an diesem Ort nicht möglich sei.

Im Klartext bedeutete das: An der Stelle, an der 70 Jahre ein Schwimmbad stand, durfte plötzlich aus Denkmalschutzgründen kein (gleich-artiges) Schwimmbad entstehen. Damit wurden die von den Grünen Saarlouis durchgesetzten Beschlüsse durch die Landesebene unwirksam, und das Schwimmbad war jetzt wirklich Geschichte. Viele Saarlouiser aber trauern ihm noch immer nach.

Verkehrsberuhigung Vogelsang

Ständiger Abkürzungsverkehr zwischen Wallerfanger- und Metzgerstrasse, zu hohe Geschwindigkeit von Autofahrern, fehlende Infrastruktur für Fahrradfahrer.

Das alles beeinträchtigt die Verkehrssicherheit und die Wohnqualität im Vogelsang. Das reine Wohngebiet in dem sich Kindergärten und die Vogelsangschule befinden leidet seit Jahren unter dem immer stärker wachsenden Automobilverkehr. Seit Jahren bemühen sich die Grünen den Vogelsang für Durchfahrer unattraktiv zu machen und vor allem schwächere Verkehrsteilnehmer besser zu schützen. Ein schwieriges Unterfangen in einer Stadt in der Radfahrer, gequälte Anwohner und schwächere Verkehrsteilnehmer kaum eine Lobby haben. Außer bei den GRÜNEN.

Ein kleiner, wenn auch mühsamer Erfolg. Dazu zählt, dass jetzt auch andere Parteien auf den Vogelsang aufmerksam werden.

Wäre schön, wenn wir soetwas auch in anderen Stadtteilen erleben würden.



Maßnahmen in der Soutyhofstraße gegen Raser und Abkürzer



Im nächsten Kurier informieren wir Sie über Trinkwasserschutz in Saarlouis, unsere Kandidatinnen und Kandidaten und vieles mehr ...

